

Kohlekraftwerk setzt SPD unter Dampf

Klima-Killer oder Job-Maschine? Beim Pro und Kontra zum Kohlenmeiler Lubmin gerät vor allem die SPD ins Schlingern.

Schwerin

(OZ) Bei diesem Spagat knackt jeder Knochen: Der Streit um den Bau des Steinkohlekraftwerks Lubmin stellt die SPD weiter vor eine Zerreißprobe. Die Linkspartei hatte das Thema auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Prompt taumelten die Sozialdemokraten zwischen Regierungstreue und Bürgerprotest.

Denn während SPD-Landeschef Erwin Sellering wiederholt erklärte, die 1,6-Milliarden-Euro-Investition des dänischen Konzerns Dong sei „nicht mehr zu verhindern“, proben Sellerings Genossen in Vorpommern seit Monaten den Aufstand. Sie fürchten massive Nachteile für Umwelt und Tourismus.

Das ganze Dilemma seiner Partei brachte der SPD-Landtagsabgeordnete Rudolf Borchert zum Ausdruck. Vor dem Hintergrund einer weltweit geführten Klima-Diskussion sei der Neubau des Steinkohlekraftwerks „ein politisch brisantes Thema“. Borchert plädierte dafür, während des Genehmigungsverfahrens die Vor- und Nachteile gründlich abzuwägen: „Für mich ist die Genehmigungsfrage noch völlig offen“, stellte der SPD-Politiker klar.

Laut Borchert muss geprüft werden, ob die Energieausnutzung des Kraftwerks mit einem Wirkungsgrad von 46 Prozent noch zu erhöhen und der Ausstoß an Kohlendioxid noch unter die bislang bekannten 7000 Tonnen im Jahr zu drücken ist. Zudem müsse geklärt werden, wie sich das Einleiten von Kühlwasser in den Greifswalder Bodden auswirke, ob mit der Abwärme Wohnungen beheizt werden könnten und welche Nachteile das Kraftwerk für den Tourismus mit sich bringe. „Angesichts von 120 Meter hohen Kühltürmen würde ich in Lubmin auch sofort einer Bürgerinitiative beitreten“, so Borchert.

Ex-Arbeitsminister Helmut Holter (PDS) lehnte das Steinkohlekraftwerk kategorisch ab. Klimaschutz sei zu einer „Überlebensfrage für die Menschheit“ geworden. Deshalb sei es „schizophren“, ein Kohlekraftwerk bauen zu wollen. Dass die PDS während der rot-roten Koalition kein Veto gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes eingelegt hatte, verschwieg Holter.

Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) verteidigte das Großprojekt. Es sei utopisch, aus der Atomkraft aussteigen und gleichzeitig alle Kohle- durch Gaskraftwerke ersetzen zu wollen. Seidel: „Realistisch betrachtet, können wir derzeit nicht auf Kohle verzichten.“ Außerdem könnten während der vierjährigen Bauphase 1000 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Danach würden neben 140 direkten Jobs weitere bis zu 300 bei externen Firmen für Wartungsarbeiten benötigt. Seidel zeigte sich einig mit Sellering: An einer Baugenehmigung führe juristisch kein Weg mehr vorbei.

Der Landtag verwies die Angelegenheit gestern weiter an den Wirtschaftsausschuss.

JÖRG KÖPKE